

Politikberatung in Österreich

Interview mit Rupert Weinzierl

Die Zeitschrift für Politikberatung veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Länderberichte. Meist haben sie die Form eines Artikels und geben einen systematischen Überblick über die Politikberatungslandschaft. Im Gegensatz dazu soll das vorliegende Interview zur Situation in Österreich eine Möglichkeit bieten, die Politikberatungspraxis aus der Sicht eines direkt Beteiligten darzustellen. Rupert Weinzierl ist Klub-Sekretär für Verkehr und Wirtschaft der Sozialdemokratischen Partei Österreichs; die Bezeichnung „Klub“ in Österreich entspricht dabei dem deutschen Begriff der Fraktion. Mit ihm haben wir darüber gesprochen, wie Politikberatung in Österreich funktioniert, welche Akteure und Verfahren es gibt, wie die Öffentlichkeit diese Tätigkeiten einschätzt und welches die aktuell wichtigen Themen sind.

Herr Weinzierl, am 29. September 2013 fand in Österreich die Nationalratswahl statt. Dort konnte Ihre Partei, die SPÖ, die meisten Stimmen auf sich vereinen. Wahlkämpfe gelten gemeinhin als Hochphase der Arbeit sogenannter „Spin Doktoren“, Public Affairs-Agenturen und Politikberater. Wie haben Sie persönlich den Einfluss und die Arbeit dieser Gruppen im diesjährigen Wahlkampf erlebt?

Die Frage ist, ob es sich wirklich um inhaltlichen Einfluss handelt, da sich Vieles auf der formalen und rhetorischen Ebene abspielt. In der SPÖ war es so, dass wir bereits ein Wahlprogramm mit 111 Projekten beschlossen hatten, die wir umsetzen wollten. Inhaltlichen Einfluss von außen gab es dabei eher weniger. Allerdings haben einige Politiker Medientrainings absolviert, zudem hatten wir in Österreich wesentlich mehr Fernsehduelle als in Deutschland. Hier musste dann ebenfalls sehr intensiv trainiert werden.

Konnten Sie in dieser Phase vor der Wahl erkennen, dass Think-Tanks und Lobbyverbände Einfluss auf politische Themen genommen hätten?

Aus meiner Erfahrung ist es so, dass natürlich am meisten bei Regierungsverhandlungen versucht wird, die entsprechenden Themen zu platzieren. Das ist sicher die Phase, in der die Spin Doktoren verstärkt auftreten und wo es für sie auch Sinn ergibt, aktiv zu werden. Unmittelbar vor Beginn der Regierungsverhandlungen ist sicher die lobbyintensivste Zeit.

In vielen Ländern, darunter auch Deutschland, ist häufig von einer Amerikanisierung des Wahlkampfs, aber auch der gesamten Politikberatungsszene die Rede. Neben der veränderten Kampagnenführung und Mediennutzung ist hier vor allem das Aufkommen vieler privat finanzierter Think-Tanks mit teils eindeutig ideologischer Färbung gemeint. Beobachten Sie vergleichbare Tendenzen in Österreich?

In Österreich gibt es zum einen Parteiakademien der großen Parteien. Darüber hinaus stellen die Wirtschaftskammer, in welcher die Unternehmer vertreten sind, und in der Arbeiterkammer, in welcher die Arbeitnehmer vertreten sind, Expertise zur Verfügung. Ein wesentlicher Teil der Arbeit dieser beiden Kammern ist der eines Think-Tanks durchaus ähnlich. Dadurch ist nur noch wenig Platz und Nachfrage für private Akteure. Auf der konservativen Seite gibt es einen privaten Think-Tank namens Agenda Austria. Dieser wurde gerade erst neu gegründet und ist im Vergleich zu den beiden etablierten Kammern sehr klein und sehr weit davon entfernt, massiven Einfluss auf politische Themen nehmen zu können.

Man könnte also sagen, dass die Sozialpartner Abreitegeber und Arbeitnehmer als Think-Tank-ähnlich aufgestellt sind und somit privat agierenden Think-Tanks den Raum nehmen. Zumal ja in Österreich die beiden Sozialpartner traditionell schon früh am gesetzgebungsverfahren beteiligt sind.

Das ist erstens der Fall und zweitens gibt es in Österreich auch eine Pflichtmitgliedschaft in diesen beiden Kammern. Es gibt darüber hinaus auch einen Gewerkschaftsbund, der mit klassischen Arbeitnehmervertretungsaufgaben betraut ist. Die Arbeiterkammer hingegen bietet eher Serviceleistungen und die angesprochene Think-Tank-Arbeit. Damit verfolgen sie das Ziel, die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern. Aber es ist tatsächlich so, dass sich über lange Zeit die Expertise konzentriert hat, sodass sich nur noch sehr wenig Platz für andere Akteure bietet. Auch die Parteiakademien sind in Österreich parteinäher als es zum Beispiel bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland der Fall ist. Daher gibt es in Österreich nur sehr kleine Think-Tanks, welche kleine Nischen abdecken, aber nicht den Anspruch haben, massiv Politik zu beeinflussen.

Als SPÖ-Klub-Sekretär für Verkehr und Wirtschaft betreuen Sie ein Portfolio, in dem Politikberatung zum politischen Arbeitsalltag zählt. Wie wird die Expertise generiert, die in diesem Politikfeld vonnöten ist? Welche Rolle nehmen dabei die unterschiedlichen Akteure und Institutionen der Politikberatung ein?

Meine wichtigsten Ansprechpartner kommen auch hier aus dem Bereich der Arbeiterkammer. Das ist einfach ein unnahestehender wissenschaftlicher Arm der Arbeiterbewegung, und auch in meinen beiden Bereichen kommt sehr viel Expertise von dort. Aber auch die beiden großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Österreich, das WiFo (Wirtschaftsforschungsinstitut) und das Institut für höhere Studien, spielen eine Rolle. Sie sind weniger parteinah und wissenschaftlich anerkannt.

Oft wird Politikberatung sehr kritisch beobachtet und synonym zum negativ konnotierten Begriff des Lobbyismus verwendet. Wie bewerten Sie die Wahrnehmung des Themas in der österreichischen Öffentlichkeit?

Auch in Österreich wird das Thema sehr kritisch betrachtet. Gerade nach dem großen Untersuchungsausschuss aus dem Jahre 2012 zu verschiedenen Korruptionsfällen, in denen ein Lobbyist namens Peter Hochegger die zentrale Figur war. Mit ihm wurde immer wieder Einflussnahme bei Gesetzestexten verbunden. Dieser ganze Prozess hat dazu beigetragen, dass sich die gesamte Wahrnehmung dieses Bereichs deutlich verschlechtert hat.

Wie hat sich dies konkret ausgewirkt?

Eine Folge war unter anderem eine schärfere Gesetzgebung. Aber auch eine gewisse Selbstreduktion der Branche fand statt. Anfang der 2000er waren in der Branche enorme Honorare zu verdienen, seit 2012 sind die Volumina aber deutlich zurückgegangen. Dieser Korruptionsuntersuchungsausschuss war ein großes Thema in den Medien und das Image des politischen Lobbyisten wurde durch die Affären nachhaltig geschädigt.

Ende Juni 2011 beschloss die österreichische Regierung ein Lobbyregister, das Lobbyagenturen, Unternehmen, Verbände und gesetzliche Kammern zur Eintragung verpflichtet. Das Register befindet sich noch in der Aufbauphase, bislang umfasst es ca. 220 Einträge. Wie effektiv kann ein solches Register sein und welche Alternativen sind denkbar um dem Eindruck des politischen Klüngels entgegenzuwirken?

Bei 220 registrierten Einträgen kann man definitiv sagen, dass das Register noch im Aufbau ist. Diese Zahl ist viel zu niedrig. Aber das Lobbyregister bietet sicher eine gute Chance, die dringend benötigte Transparenz in dieser Branche zu bringen. Es muss klar sein, für wen ein Lobbyist spricht und was in den verschiedenen Prozessen genau passiert. Diese Leute, die im Untersuchungsausschuss geladen waren, sind später dann zumeist auch gerichtlich belangt worden, und man konnte sehen, dass relativ heftige Strafen verhängt wurden. Das war ein klares Signal an die Branche, welches sicher auch nachhaltig den Einfluss von Lobbyisten geschwächt hat.

Wie sehen Sie die Zukunft der Politikberatungsbranche in Österreich? Kann man von einer Wachstumsbranche sprechen? Wird es in Zukunft mehr wichtige Akteure geben als nur die beiden großen parteinahen Think-Tanks?

Ich denke schon, dass es potenziell eher mehr werden. Wobei gerade Lobbying sich mehr und mehr auf der EU-Ebene und weniger auf der nationalen Ebene entwickelt.

Wie sehen Sie die Entwicklung, dass mittlerweile auch große Unternehmensberatungen dieses Feld für sich entdeckt und als Markt erschlossen haben?

Aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung werden diese Beratungshäuser sicher sehr professionelle Leute anheuern können. Aber dadurch wird der neoliberale Touch natürlich

umso stärker, denn diese Unternehmen werden Politikberatung wohl eher aus dieser Perspektive betreiben werden.

Wie geht man denn in Österreich mit dem Thema Parteispenden um? In Deutschland wurde jüngst über die Spende der Familie Quandt an die CDU debattiert. Hinter dieser Spende vermutet man Interessen des BMW-Konzerns bezüglich der in der EU geltenden Abgaswerte für Kraftfahrzeuge.

Auch dies ist im Zuge des Untersuchungsausschusses 2012 stärker in den Fokus geraten und wurde im Nachhinein auch strenger geregelt. Die Verpflichtung, eine Parteispende entsprechend auszuweisen, ist strenger geworden.

Konnte diese Justierung die Wogen in der öffentlichen Wahrnehmung wieder etwas glätten?

Die Justierung wurde schon als konsequente Reaktion auf die Missstände empfunden. Die Grünen haben Korruption dann wieder extrem im Wahlkampf thematisiert, wobei dies sicher weniger im Hinblick auf Beratung passiert ist. Das Problem liegt nun bei denjenigen Beratern, die eigentlich seriöse Arbeit machen. Sie haben jetzt den schwierigen Part, sich von den Vorfällen und den schwarzen Schafen in der Branche abzugrenzen und entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Hier bietet das Lobbyregister sicher eine gute Chance, für Klarheit zu sorgen. Ansonsten muss man allerdings auch sagen, dass die Bevölkerung eher wenig von Politikberatung mitbekommt.

Das ist ein interessanter Punkt. Die Bürger bekommen relativ wenig von Politikberatung mit und wenn, dann ist es mit hoher Wahrscheinlichkeit eher negativ behaftet. Sie haben ja bereits angesprochen, dass Transparenz eine Chance ist, diesem Trend entgegenzuwirken. Trotzdem tun sich viele Lobbyagenturen und Unternehmen schwer damit, den Schritt Richtung Eintrag im Lobbyregister zu gehen. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Das verstehe ich ehrlich gesagt auch nicht. So wirft man natürlich immer wieder die Frage nach dem *warum* auf und erhärtet zumindest den Verdacht, dass man Interessen verfolgt, die nicht so ganz sichtbar sein sollen. Dieses Verhalten schafft natürlich wenig Vertrauen in der Bevölkerung. Diesen Verdacht muss man sich aber dann eben gefallen lassen, wenn man dieses Geschäft nicht offen betreibt.

Wie war denn in Zeiten der Finanzkrise die Wahrnehmung in Österreich, dass trotz der schwierigen Rolle der Banken nun wieder Banker mit der Politik am Tisch saßen, als es darum ging, die Krise zu erklären und Lösungen zu erarbeiten. In der deutschen Öffentlichkeit entstand der Eindruck, dass Parlamentarier und Politiker von der Komplexität der Materie völlig überfordert waren. Dass dann ausgerechnet von den vermeintlichen Versuchsachern der Krise externe Hilfe eingeholt wurde, kam in der Öffentlichkeit nicht sehr gut an.

Es gab durchaus auch in Österreich eine gewisse Aufregung diesbezüglich. Gerade die rechtspopulistische FPÖ hat doch sehr stark darauf hingewiesen, dass es dann dieselben sind, die jetzt schon wieder profitieren. Die Storyline ist hier aber

eben sehr populistisch verkürzt und eingeengt worden. Verglichen mit der Aufregung nach dem Untersuchungsausschuss war sie zudem auch eher gering. Wie die Finanzkrise zustande kann und wie versucht wurde, sie zu lösen, ist schon sehr abstrakt. Daher ist es für die Bürger auch schwierig, dies nachzuvollziehen. Vielleicht rührt daher die Zurückhaltung.



Dr. Rupert Weinzierl arbeitete von 1993 bis 2006 als Ökonom und Politikwissenschaftler im Wissenschaftsbereich. 2007 wechselte er in das Kabinett des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. Von 2008 bis 2011 als Klubsekretär im SPÖ-Parlamentsklub für den Budgetausschuss, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss verantwortlich, ab 2011 für den Wirtschaftsausschuss, den Korruptions-Untersuchungsausschuss und den Verkehrsausschuss zuständig. Ab Dezember 2013 Büroleiter der Staatssekretärin für Finanzen. Rupert Weinzierl lebt und arbeitet in Wien.

Ethik und Politik



Ethik und Politikmanagement

ZPol Sonderband 2013

Herausgegeben von Christoph Bieber und Sven Sebastian Grundmann

2014, 243 S., brosch., 49,- €, (Vorzugspreis für Bezieher der Zeitschrift 36,75 €)

ISBN 978-3-8487-0515-3

www.nomos-shop.de/21004

Fragen zum Verhältnis von Ethik und Politik drängen in den Vordergrund, nicht allein entlang der unterschiedlichen Skandale und Affären um Freundschaftsnetzwerke, Nebentätigkeiten oder wissenschaftliche Arbeiten von Politikerinnen und Politikern. Die Basis für den Band bildet eine Folge theoretisch und methodisch orientierter Aufsätze, die sich einführend mit jüngeren Gegenständen und Diskussionen der ethik-orientierten Politikwissenschaft auseinandersetzen.

Mit Beiträgen von:

Christoph Bieber, Alexander Bogner, Burak Çopur, Gordian Ezazi, Rüdiger Funiok, Sven Sebastian Grundmann, Simone Heinemann, Volker M. Heins, Markus Huppenbauer, Matthias Kettner, Rainer Kühlen, Daniel Messelken, Claudia Ritz, Gary S. Schaal und Miranda A. Schreurs.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos